



FDP-Fraktion / CDU-Fraktion • Rathausstr. 11 • 58095 Hagen

An den
Regierungspräsidenten
Hans-Josef Vogel
Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg

Hagen, 10.04.2019

Betreff: Genehmigung einer 3. Eingangsklasse am Albrecht-Dürer-Gymnasium in Hagen im Rahmen der Mehrklassenbildung

Sehr geehrter Herr Vogel,

am 26. März 2019 hat der Schulausschuss der Stadt Hagen durch einen Beschluss die Verwaltung aufgefordert, sich für die einmalige Bildung einer dritten Eingangsklasse am Albrecht-Dürer-Gymnasium im Rahmen einer Mehrklassenbildung einzusetzen und diesen Standpunkt gegenüber der Bezirksregierung zu vertreten. Der Rat der Stadt Hagen hat sich diesem Beschluss am 4. April 2019 mit deutlicher Mehrheit angeschlossen. Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen nochmals unseren Standpunkt nahebringen und für eine Entscheidung der Bezirksregierung werben, die dem Elternwille entgegenkommt.

Die Anmeldungen am Albrecht-Dürer-Gymnasium haben sich gegenüber dem Vorjahr mit 110 (2018: 35 Anmeldungen) mehr als verdreifacht. Würden der Schule auch in diesem Jahr nur zwei Züge genehmigt, müssten also insgesamt 50 Schüler abgewiesen werden. Das wären beinahe 50 Prozent der gesamten Anmeldungen. Wir sind der Überzeugung, dass bei einer derart hohen Ablehnungsquote von einer angemessenen Berücksichtigung des Elternwillens keine Rede mehr sein kann. Nicht nur aufgrund des speziellen Profils als einziges altsprachliches Gymnasium im Einzugsgebiet haben sich die Eltern ganz bewusst und gezielt für diese weitergehende Schule entschieden. Selbst bei Bildung einer Mehrklasse müssten immer noch 20 Schüler an andere Schulen umverteilt werden.


Die Schulleitung und das Kollegium des Albrecht-Dürer-Gymnasiums haben im letzten Jahr mit großen Anstrengungen und Engagement das Profil der Schule geschärft und sich in öffentlichen Veranstaltungen präsentiert, um dem Abwärtstrend der letzten Jahre entgegenzuwirken. Nicht zuletzt hatte die Bezirksregierung hier entsprechende Maßnahmen angemahnt. Eine einmalige Mehrklassenbildung wäre somit auch eine Würdigung dieses Engagements.

Wir möchten insbesondere darauf hinweisen, dass sich eine mögliche Mehrklassenbildung in keiner Weise schädlich auf die Zügigkeit der anderen Hagerer Gymnasien auswirken würde. Selbst bei Bildung einer dritten Eingangsklasse ist eine ausgewogene Verteilung in der Sekundarstufe I absolut darstellbar. Weiterhin sind auch nach den Aussagen der Hagerer Schulverwaltung die notwendigen räumlichen und personellen Kapazitäten zur einmaligen Bildung einer dritten Eingangsklasse vorhanden. Bereits in den Jahren 2007 und 2013 wurde entsprechend verfahren.

Für die Unterzeichner dieses Schreibens ist Schulpolitik kein Dogma, das unflexibel an alten Beschlüssen festhält. Sowohl der Elternwille als auch die durch die Landesregierung entschieden vorangetriebene Profilbildung der weiterführenden Schulen sind für uns wichtige Ansätze, Veränderungen in der Schullandschaft und bei den Anmeldezahlen kritisch zu reflektieren. Nichtsdestotrotz bedeutet die von uns angestrebte Mehrklassenbildung weder eine radikale Veränderung des bestehenden Schulkonsenses, noch widerspricht diese in irgendeiner Form gesetzlichen Vorschriften. Vielmehr besteht im Rahmen der entsprechenden Verwaltungsvorschriften durchaus die Möglichkeit im Rahmen einer Ausnahme eine Mehrklassenbildung am Albrecht-Dürer-Gymnasium zu ermöglichen. An dieser Stelle ist es für uns auch unverständlich, dass die zuständige Abteilung der Bezirksregierung bereits frühzeitig und vor Abschluss des politischen Diskussionsprozesses androht hat, einen entsprechenden Beschluss des Rates zu kassieren.

Wir appellieren an Sie, sehr geehrter Herr Regierungspräsident Vogel, die entsprechenden Argumente nochmals intensiv abzuwägen und den deutlichen Wunsch der Schulleitung, der Eltern und der politischen Entscheidungsträger entsprechend zu berücksichtigen. Eine rein formelle Ablehnung dieses berechtigten Anliegens durch die Bezirksregierung wäre in Hagen nur schwer vermittelbar. Eine einmalige Ausnahme hingegen kann ein Zeichen setzen, dass Elternwille und Profilbildung für Politik und Verwaltung keine Worthülsen sind. Sie würde nachhaltig dokumentieren, dass der Elternwille im Entscheidungsprozess ernst genommen und angemessen berücksichtigt wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stephan Ramrath
Fraktionsvorsitzender CDU



Claus Thielmann
Fraktionsvorsitzender FDP